

Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
 Kämmerei
 Frauenbeauftragte nach HGIG
 Frauenbeauftragte nach HGO
 Sonstiges

Rechtsamt
 Umweltamt: Umweltprüfung
 Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich	erforderlich
öffentlich	nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Entfristung zweier Stellen im Bürgerbüro, Schaffung von kostenneutralen Stellen für die Überführung von üpl-Personal auf Planstellen sowie Beantragung einer zusätzlichen Stelle für das Backoffice.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 mit Beschluss Nr. 0509 der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2019 zwei Vollzeitstellen (zwei VZÄ mit Stellenwert E 8) befristet bis zum 31. Dezember 2022 geschaffen wurden,
- 1.2 das für die unter 1.1 genannten zwei VZÄ's notwendige Personalbudget im Haushaltsplan 2022/2023 zur Verfügung steht und im Rahmen der Haushaltsplanung für die Jahre 2024/2025 innerhalb der Eingabevorgaben geplant wurde,
- 1.3 für das Bürgerbüro der zuletzt 2017/2018 vorgelegte Kennzahlenbericht aktualisiert und erneut eine aktuelle Personalbemessung durchgeführt wurde,
- 1.4 das Ergebnis der unter 1.3 genannten Personalbemessung mit dem Fachbereich Stellenplan von Amt 15 im Rahmen eines Workshops zur strategischen Personalplanung durchgesprochen wurde,
- 1.5 sich darüber hinaus auf Basis einer kennzahlenbasierten Personalbedarfsberechnung (siehe Anlage 2) ein zusätzlicher Personalbedarf von einer Vollzeitstelle (ein VZÄ mit Stellenwert E 9b) im Backoffice des Bürgerbüros (310560) ergeben hat,
- 1.6 das Ergebnis der Personalmessung die Bereinigung des Stellenplans für den Bereich Bürgerbüro Frontoffice rechtfertigt.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1 die mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0509 vom 12. Dezember 2019 geschaffenen und bis zum 31. Dezember 2022 befristeten zwei Vollzeitplanstellen (Stellenwert E8) werden entfristet und der KW Vermerk gestrichen,
- 2.2 für die unter 1.1 und 1.6 genannte Bereinigungen des Stellenplanes zum Haushalt 2024/2025 werden folgende Planstellen geschaffen:
 - Vier Planstellen mit dem Umfang von jeweils 1,0 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
 - Eine Planstelle mit dem Umfang von 0,77 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
 - Eine Planstelle mit dem Umfang von 0,55 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
 - Eine Planstelle mit dem Umfang von 0,51 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
- 2.3 die Stellenneuschaffung erfolgt kostenneutral analog der persönlichen Eingruppierung. Die Planstellen können vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Haushaltsplanes 2024/2025 mit den überplanmäßig geführten Mitarbeitenden besetzt werden,
- 2.4 eine Vollzeitstelle (ein VZÄ mit Stellenwert E 9b) wird bei Dez. VII/31 für die unter 1.5 genannten Aufgaben zum Stellenplan 2024/2025 beantragt,

- 2.5 die Personal- und Sachkosten für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 50 % und für das Haushaltsjahr 2025 in voller Höhe mit 81.560 € Euro als weiterer Bedarf zu den Haushaltsplanberatungen angemeldet werden,
- 2.6 Dezernat VII/31 wird beauftragt, die Eingruppierung durch Vorlage einer Stellenbeschreibung mit Dezernat II/15 abzustimmen,

D Begründung

Bürgerbüro Frontoffice

Die dem Bürgerbüro Frontoffice 2019 zugesetzten Stellen sollten den durch die eID-Karte sowie die verkürzte Gültigkeit der Kinderreisepässe entstehenden Mehraufwand im Bürgerbüro decken. Es hat sich gezeigt, dass die eID-Karte eher weniger attraktiv ist, diese Entwicklung bei der Kennzahlenbetrachtung insgesamt aber nicht zu Erleichterungen führt.

Der zuletzt 2017/2018 erstellte Kennzahlenbericht inklusive Personalbemessung für das Bürgerbüro wurde fortgeschrieben und auch die Personalbemessung aktualisiert. Betrachtet man die Ergebnisse, ist der Personalbedarf im Bürgerbüro Frontoffice gleichbleibend hoch, so dass die Entfristung der beiden zugesetzten Stellen notwendig ist. Des Weiteren ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf im Backoffice des Bürgerbüros.

Die Ergebnisse der Personalbemessung wurden mit dem Fachbereich Stellenplan von Amt 15 besprochen im Rahmen eines Workshops zur strategischen Personalplanung.

Im Zuge dieser Sitzungsvorlage wird der notwendige Personalbestand im Bürgerbüro Frontoffice (310550) mit 42,59 Vollzeitäquivalenten bestätigt. In der Folge sollen mit dieser Sitzungsvorlage bei zwei Stellen die Befristungen entfallen sowie der Stellenplan in der Form bereinigt werden, dass seit vielen Jahren vorhandene, besetzte und budgetierte überplanmäßige Stellen in reguläre Planstellen umgewandelt werden.

Bürgerbüro Backoffice

Auf Basis der kennzahlenbasierten Personalbedarfsrechnung hat sich ein zusätzlicher Personalbedarf von einer Vollzeitstelle (Stellenwert E9b) im Backoffice des Bürgerbüros (310560) ergeben. Der Mehraufwand ergibt sich durch die neue elektronische Registerkommunikation X-Inneres. Sie hat zum Ziel, fachübergreifende und fachunabhängige Daten und Prozesse aus den Fachbereichen Ausländer-, Melde- und Personenstandswesen zu spezifizieren, um damit die Kommunikation unter den Registern zu erleichtern, zu vereinheitlichen und Konflikte zu lösen.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, 17 . August 2023



Koohestanian
Stadträtin